

Es gilt das gesprochene Wort

Civc

Sperrfrist: 29.10.1990,  
19.00 Uhr

p.A. 11.10.51.

ZÜRCHER VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT

Ca pr

ANSPRACHE VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER, VORSTEHER DES EMD

"STAAT UND WIRTSCHAFT - PERSPEKTIVEN FÜR DEN WIRTSCHAFTS-  
STANDORT SCHWEIZ"

ZÜRICH, 29. OKTOBER 1990

---

Als ich Ihnen im Sommer das Thema meiner heutigen Ansprache bekanntgeben musste, dachte ich an die Perspektiven der Schweizer Wirtschaft für die neunziger Jahre im Umfeld der EWR- und GATT-Verhandlungen. In der Zwischenzeit brausten wirtschaftspolitische Sturmböen über unser Land. Die Nation ereiferte sich über die weit näherliegende Perspektive einer neuen Hypothekarzinsrunde und verlangte nach Sofortmassnahmen. Gleichzeitig wird gefordert, eben erst erlassenes Dringlichkeitsrecht in der Bodenpolitik wieder aufzuheben. Im Umweltschutzbereich wird über die Einführung massiver Lenkungsabgaben diskutiert. Die Frage zusätzlicher staatlicher Unterstützung im Sozial- und Krankenversicherungssektor ist zum Dauerbrenner geworden. Kurz: Ueberall taucht das Verlangen nach staatlichen Eingriffen, in mehr oder in weniger marktgerechter Ausprägung, auf.

Dies hat mich veranlasst, mein heutiges Thema leicht abzuändern. Als Mitglied einer Exekutivbehörde muss ich dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft meine Aufmerksamkeit widmen. Es ist ein Problem, das mich schon als Parlamentarier immer stark interessiert hat. Heute, so scheint mir, ist es nötiger denn je, dass wir uns damit auseinandersetzen. Ich möchte deshalb meine Ueberlegungen besonders darauf konzentrieren.

## 1. Die Abgrenzung der Reviere

Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat ist eine der ältesten politischen Streitfragen. Die einen halten den Staat für einen notorischen Störefried, der jede natürliche wirtschaftliche Entwicklung nur behindern kann. Für die anderen ist die Wirtschaft eine unkontrollierte und gefährliche Macht, welche den Staat für eigennützige Ziele zu missbrauchen versucht und die politische Realisierung einer idealen Gesellschaft behindert. Nachdem sich auch die Oekonomie mittlerweile dem Status einer nicht völlig unexakten Wissenschaft annähert und nachdem die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa das totale Scheitern der bisher folgenschwersten wirtschaftlichen Irrlehre klar vor Augen führt, sollte man meinen, die Streitfrage sei nunmehr geklärt. Sie ist es leider bei weitem nicht. Und sie ist bei näherem Besehen auch für den Liberalen komplexer als erwartet.

Der Zusammenbruch des ehemals kommunistisch regierten Ostblockes ist nicht nur ein Triumph der Freiheit, der Menschenrechte und der Demokratie, sondern er ist auch ein Triumph der Marktwirtschaft. Sie hat sich als das leistungsfähigste Wirtschaftssystem erwiesen. Das wird zwar häufig gering geschätzt, aber im allgemeinen nur von jenen, die im Wohlstand

-3-

leben dürfen. Die Marktwirtschaft ist deshalb leistungsfähig, weil sie durch Konkurrenz Leistungsreserven mobilisiert, weil sie die Belohnung der Leistung ermöglicht und weil sie den am Wirtschaftsprozess Beteiligten jenen Freiraum belässt, den sie zur Entfaltung ihrer Kreativität benötigen. Etwas überspitzt könnte man sagen, dass Marktwirtschaft den eigenützigen Leistungswillen der Marktteilnehmer zu einer eindrucklichen Leistung für das Gemeinwesen bündelt.

Die Marktwirtschaft ist aber auch jenes Wirtschaftssystem, welches allein auf Dauer mit einer demokratischen Staatsverfassung vereinbar ist, und es ist trotz ständigen anderslautenden Behauptungen jenes System, welches das wirtschaftliche Machtproblem löst. Die Wirtschaftsmacht verteilt sich auf die Unternehmen als autonome Handlungsträger, die sich gegenseitig konkurrenzieren und sich damit ihre Macht begrenzen. Damit wird die Wirtschaftsmacht dezentralisiert und durch den Wettbewerb kontrolliert und gebändigt. Je weniger der Staat diesen Wettbewerb behindert, desto besser ist es.

Damit ist das Revier der Wirtschaft einigermaßen abgesteckt. Fritz Leutwyler hat die Abgrenzung von Wirtschaft und Staat einmal so beschrieben: Beide, Wirtschaft und Staat, seien



-4-

Institutionen des Gemeinwohls. Dabei sei die Wirtschaft die handelnde, der Staat die ordnende Instanz. Nach diesem im Prinzip richtigen Verständnis müsste der Staat vor allem ordnende Rahmenbedingungen schaffen, etwa die Rechtssicherheit garantieren, den Wettbewerb sichern oder die monetäre Stabilität erzwingen. Nun wissen wir alle, dass der Staat die Grenzen seiner Ordnungsfunktion längst gesprengt und selber zu handeln begonnen hat. Er ist zum modernen Leistungsstaat geworden.

## 2. Chancen und Gefahren des Leistungsstaates

Diese Entwicklung war, so scheint mir, unausweichlich. Ohne einen starken Leistungsstaat ist eine moderne, leistungsfähige Wirtschaft nicht mehr denkbar. Darum haben jene nicht recht, die glauben, mit dem "Nachtwächterstaat" nach Ausprägung des letzten Jahrhunderts wäre der Wirtschaft am besten gedient. Ich darf einige der Staatsleistungen aufzählen, auf die die Wirtschaft angewiesen ist. Ein gutes Bildungswesen ist die vielleicht wichtigste Langzeitinvestition des Staates für die Wirtschaft. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort. Mit der sozialen Sicherung leistet der Staat einen Beitrag an eine langfristige politische und gesellschaftliche Stabilität, ohne die ein Wirtschaftsplatz undenkbar wäre.

-5-

Mit einer effizienten Aussenwirtschaftspolitik trägt der Staat zur Schaffung eines offenen Welthandelssystems bei, das die Basis unserer Exportwirtschaft ist. Der staatliche Handlungsbedarf etwa in den Bereichen Sicherheits- oder Umweltpolitik ist zum langfristigen Schutz eines Wirtschaftsstandortes wohl ebenfalls unbestritten. Daraus ergibt sich, dass ein starker und leistungsfähiger Staat auch im Interesse der Wirtschaft liegt.

So nötig der moderne Leistungsstaat ist, so sehr ist indessen darauf zu achten, dass er nicht zu stark oder in die falsche Richtung expandiert. Er kann die Wirtschaft nämlich auch gefährden. Dies ist dann der Fall, wenn er sie durch Steuern und Auflagen überfordert, ihre Freiräume zerstört und den Wettbewerb behindert. Und er stellt sich selber in Frage, wenn er sich selbst überfordert und in der Folge an Glaubwürdigkeit und Autorität einbüsst. Lassen Sie mich das näher beleuchten!

Der Leistungsstaat ist teuer. Er muss sich über Steuern finanzieren, und diese Steuern müssen zuerst erwirtschaftet werden. Ohne wirtschaftlichen Erfolg ist der Leistungsstaat nicht finanzierbar. Mit zuviel Steuern kann eine Volkswirtschaft erstickt werden. Der Staat muss sich deshalb in seinem Expansionsdrang der wirtschaftlichen Belastbarkeitsgrenze bewusst sein. Unsere durch eine Motion der eidgenössischen Räte gestützte Politik der

Stabilisierung der Staatsquote ist richtig. Nur ist es nicht ganz konsequent, wenn das gleiche Parlament, das entsprechend ausgeglichene Haushaltvoranschläge fordert, dann anschliessend bei zahllosen Einzelgeschäften neue und über die bundesrätlichen Anträge hinausgehende Ausgaben beschliesst. Man erweitert damit den Fächer staatlicher Segnungen, ohne die Rechnung dafür begleichen zu wollen.

Bei den Steuern fällt vornehmlich die durch sie verursachte finanzielle Gesamtbelastung ins Gewicht. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Konsequenzen der spezifischen Ausgestaltung der Steuersysteme. Der Einfluss kantonaler Steuersysteme auf die Entwicklung kantonaler Volkswirtschaften ist augenfällig. Es ist zu hoffen, dass die Bereinigung der Bundesfinanzordnung gelingen wird. Sie sollte jene systemwidrigen Elemente ausmerzen, welche die Fortentwicklung von Finanz- und Werkplatz behindern.

Man kann die Freiräume der Wirtschaft auch mit der Dichte der staatlichen Regelungen abwürgen. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe bekunden zunehmend Mühe, die wachsenden staatlichen Auflagen zu bewältigen. Jede neue Vorschrift und Auflage ist häufig für sich allein vertretbar und vernünftig. Die behindernde Wirkung des ganzen Regelungsgeflechtes kann aber plötzlich



in eine neue Qualität umschlagen, welche den Effekt der arithmetischen Summe der Einzelregelungen übersteigt. Dann wird das Regelungsgeflecht zum beengenden Korsett der Volkswirtschaft. Wenn mittelständische Unternehmer und Kader von einem lähmenden Gefühl der Beengung erfasst werden, bleiben gesamtwirtschaftlich negative Konsequenzen nicht aus. So wichtig beispielsweise der Sozialstaat für die nationale Wohlfahrt und die politische Stabilität ist, so sehr ist darauf zu achten, dass seine Mechanismen mit der Marktwirtschaft kompatibel bleiben. Er darf die wirtschaftliche Leistungskraft nicht überfordern und den Leistungswillen nicht zerstören.

Zunehmend wird in jüngster Zeit ein Autoritätsverlust des Staates und seiner Exponenten diagnostiziert. Das hat, soweit es zutrifft, eine Reihe von Gründen, die nicht zuletzt auch durch das beeinflusst sind, was man als Zeitgeist bezeichnet. Die abnehmende Konsensfähigkeit in der politischen Auseinandersetzung führt auch zu einer abnehmenden Akzeptanz von staatlichen Massnahmen, die eben nicht im Konsens entschieden wurden. Der Rechtsmittelstaat droht die Legitimation von Volksentscheiden zu untergraben. "Bahn 2000" ist ein Beispiel dafür. Trotz klarem Volksentscheid haben zahllose Einsprachen die rasche Erstellung dieses Werkes bisher verhindert, was Zweifel an der Durchsetzbarkeit staatlicher Entscheide hervorruft.

Schlimmer ist aber die Erscheinung, dass man dem Staat die Lösung von Problemen zumutet, die von ihm gar nicht befriedigend gelöst werden können. Die teilweise schrillen Forderungen, der Staat möge dieses oder jenes Problem lösen, nähren in der Öffentlichkeit die Erwartung, der Staat wäre dazu auch in der Lage, wenn er nur wolle. Der Glaube an die staatliche Machbarkeit wird von jenen Politikern, deren Politik von den Forderungen an den Staat lebt, immer wieder genährt. So entsteht die Tendenz, jedes auch noch so kleine oder partikularistische Anliegen mit einer staatlichen Massnahme regeln zu wollen. Oft ist man dann zufrieden, wenn die Massnahme beschlossen ist und wenn man damit bewiesen hat, dass "man etwas getan hat". Wenn sich später zeigt, dass die Massnahme nichts gebracht oder etwas völlig Verfehltes bewirkt hat, interessiert das die Politik nicht mehr sonderlich. Abgeschafft wird die Massnahme deshalb kaum, eher werden neue Massnahmen aufgefropft. Beispiele dafür sind uns allen bekannt.

Das Volk allerdings spürt, dass etwas nicht in Ordnung ist. Wenn der Staat immer wieder Problemlösungen verordnet, die die Probleme eben gerade nicht lösen, wenn er stets wieder unerfüllbare Erwartungen weckt, verliert er an Autorität und an Glaubwürdigkeit. Dass eine Ueberzahl von Problemlösungen auch nachgerade zu einer Vollzugskrise führt, die Ungerechtigkeiten schafft



und das Image des Staates zusätzlich belastet, sei nur am Rande vermerkt. Weniger, aber dafür wirksame Gesetze und Vorschriften, Verzicht auf Alibi-Betriebsamkeit, das müsste die Leitplanke für den Gesetzgeber sein. Wer dem Staat die umfassende Verantwortung für die gesamte gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung aufbürdet, überfordert ihn und schwächt ihn zugleich. Und die Illusion, der Staat schaue schon überall zum Rechten, schwächt zusätzlich den Problemlösungswillen des Bürgers in jenen Bereichen, in denen er durchaus selber die Verantwortung übernehmen könnte. Zudem engt dieser ungezügelter punktueller Massnahmenwahn den Freiraum der Marktwirtschaft zunehmend ein.

### 3. Hat die Marktwirtschaft noch eine Chance?

Hat die Marktwirtschaft noch eine Chance? Diese Frage klingt absurd. Immerhin hat die Marktwirtschaft über die Planwirtschaft triumphiert. Mit dem EG-Binnenmarkt wird in Europa eine gewaltige Liberalisierungs- und Deregulierungswelle ausgelöst. Kein Parteiprogramm stellt die Marktwirtschaft offen in Frage. Und doch beschleichen mich Zweifel, ob alle, die Marktwirtschaft rufen, auch wirklich Marktwirtschaft wollen.

Auf die schleichende, ungezielte, diffuse und letztlich nicht so gewollte Einschnürung der Marktwirtschaft als Folge des staatlichen Machbarkeitswahnes habe ich hingewiesen. Marktwirtschaft ist aber auch etwas, was vielen Politikern im tiefsten Herzen

-10-

zuwider ist. Ein Politiker - und auch mir geht es so! - möchte handeln, etwas verändern, etwas bewirken. Und da gerät er bei den Problemen der Wirtschaft in einen Bereich, wo politisches Nichthandeln meist besser als Handeln ist und wo sein Eingreifen gerade eben nicht gefragt ist. Das ist ärgerlich. Und so werden denn zu Hauf Vorwände konstruiert, welche die politische Legitimation dafür liefern sollen, dass man trotzdem eingreifen kann. Wo etwa die Knappheit eines Gutes bei grosser Nachfrage völlig natürlicherweise zu hohen Preisen führt, spricht man von Handlungsbedarf wegen "Marktversagen". Wo der Wettbewerb an sich stört, fordert man "fairen Wettbewerb". In der Aussenwirtschaft möchte man den Freihandel durch eine "gerechte Weltwirtschaftsordnung" domestizieren.

Ich fürchte, dass planwirtschaftliche Elemente unter dem Deckmantel des Gemeinwohls wieder in die Politik Einzug halten könnten, zum Schaden gerade dieses Gemeinwohls. Falls die neu eingeführten marktwirtschaftlichen Systeme die Länder Osteuropas nicht in kurzer Zeit aus der Misere langjähriger Misswirtschaft herausführen werden, was in der Tat angenommen werden muss, so werden sich bestimmt Stimmen erheben, die darin ein Versagen der Marktwirtschaft erblicken und verschweigen, dass 40 Jahre planwirtschaftlicher Misswirtschaft nicht in einem Jahr sanierbar sind.

-11-

Auch in der Wirtschaft ist das Bekenntnis zum Markt nicht selten ein Lippenbekenntnis. Auf die in den letzten Jahren häufig diskutierte Kartellfrage will ich nicht eingehen. Sie wissen, dass in diesem Bereich einiges in Bewegung geraten ist. Aufgefallen ist mir eine neuere Tendenz, nämlich die abnehmende Resistenz von Unternehmen gegen die Verlockungen staatlichen Mannas, und auch die zunehmende Versuchung für Politiker und Behörden, über die gezielte Verteilung dieses Mannas Einfluss auf die Wirtschaft zu gewinnen.

Dass sich der Leistungsstaat fragt, ob er angesichts der technologischen Herausforderung sein Bildungsangebot nicht anpassen und erweitern sollte, ist legitim. Ordnungspolitisch ist es wohl auch vertretbar, wenn der Staat Impulse auf dem Gebiet der Weiterbildung vermitteln will, um die Verbreitung des sich rasch entwickelnden Wissens in der Wirtschaft zu beschleunigen. Weil der Uebergang von der Grundlagenforschung zur angewandten Forschung ein fliessender ist, ist vielleicht auch ein latenter Hang zur Ausdehnung staatlicher Impulse auf diesem Gebiet tolerierbar. Doch schon hier beginnen die Zweifel. Soll wirklich soviel von dem, was tradi-



-12-

tionell eine unternehmerische Aufgabe war, nun plötzlich angesichts der europäischen Herausforderung auf den Staat überwältzt werden? Unternehmer, die sich in diesen Bereichen allein auf den Staat verlassen, laufen Gefahr, an Initiative zu verlieren und sich an das Zuckerbrot zu gewöhnen. Ich bin auch nicht so sicher, ob die Behörden, die hier die zu fördernden Gebiete abstecken, letztlich klüger als der Markt sind. Sicher, die Unternehmen und dabei vor allem auch die kleinen und mittleren, sollen die staatlichen Bildungs- und Forschungsanstalten vermehrt nutzen, aber aus eigener Initiative, mit eigenem Risiko und ordnungspolitisch sauber.

Ich nehme an, dass inskünftig der Staat noch mehr gefordert werden wird, und zwar unter Hinweis auf die zahllosen Sündenfälle in der EG. Man müsse doch gleich lange Spiesse haben und man müsse vermeiden, dass die Unternehmen dorthin ziehen, wo sie mehr staatliches Manna bekommen. Hier wird Sünde mit Sünde begründet. Das macht mir Sorge.

#### 4. Renaissance der Ordnungspolitik!

Alles das führt mich dazu, eine Bescheidung der Ansprüche an den Staat und eine Renaissance der Ordnungspolitik zu fordern. Nüchterne und pragmatische Politik ist sicherlich ein Markenzeichen der Schweizer Politik. Sie hat Vorteile. Aber wenn ohne ideelle Leitlinie pragmatisch Einzelmaßnahmen aneinandergereiht werden, entsteht eine

Zickzackpolitik, die in die Irre führt. Politik braucht einen Massstab, eine Richtung. In der Wirtschaftspolitik kann dies nur ein klarer ordnungspolitischer Massstab sein. An ihm ist zu messen, was zu tun und was nicht zu tun ist. Und wo er Deregulierung anzeigt, darf auch sie kein Tabu sein. Die Freiräume, welche die Wirtschaft braucht, müssen erhalten, ja da und dort ausgeweitet werden. Und dort, wo der Wirtschaft aus übergeordneten Gründen - etwa im Umweltschutz - Auflagen aufgebürdet werden müssen, sind jene zu wählen, die im Lichte der ordnungspolitischen Anforderungen vertretbar sind.

Hier ist der Ort, wo das Stichwort Europa aufgegriffen werden muss. Ich möchte mich heute nicht zur Frage unserer Annäherung an Europa äussern, da ich dies in den letzten Wochen mehrfach getan habe. Es ist bekannt, dass für mich eine Oeffnung der Schweiz in Richtung Europa aus sehr vielen Gründen unabdingbar ist. Natürlich ist die Qualität des Wirtschaftsstandortes Schweiz auch von der Ausgestaltung unserer Beziehungen zu Europa abhängig. Aber unabhängig von diesen Beziehungen kann man jetzt schon sagen, dass das Faktum des Binnenmarktes unsere Wirtschaft beeinflussen wird, ob wir das wollen oder nicht, und dass geschützte Gärtchen des Wohlstandes durch Abschottung nicht mehr zu haben sein werden. Der Wettbewerb

-14-

wird sich verschärfen, und einige verstaubte Winkel der leistungslosen Besitzstandwahrung werden ausgelüftet werden.

Weil im Zeitalter der weltumspannenden Kommunikation grosse Firmen ihre Betriebsstätten rasch verlagern und Besitzstände über Nacht verloren gehen können, kommt zum Wettbewerb zwischen Unternehmen ein nicht minder erbitterter Wettbewerb zwischen Wirtschaftsstandorten hinzu. Wir haben deshalb ein vitales Interesse, die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz zu verbessern, wenn unsere Wirtschaft die Herausforderungen Europas bestehen soll. Die Wirtschaft selber muss selbstverständlich die Leistung, die Innovationsfähigkeit, die Kreativität und die Risikofreude aufbringen. Aber das kann sie nur, wenn der Staat ihr nicht noch Steine in den Weg legt. Erschwerend kommt dazu, dass die Schweiz im Begriff ist, ihre Stellung als Musterknabe in Europa einzubüssen. Wir sind nicht mehr der einzige Hort der politischen Stabilität auf dem Kontinent. Wir müssen sogar aufpassen, dass wir in bezug auf Stabilität nicht plötzlich ins Hintertreffen geraten. Im Ausland werden die seltsamen Zeichen innerer Verunsicherung, die wir in der letzten Zeit aussenden, aufmerksam registriert. Umso wichtiger ist es, dass wir den binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die nötige Beachtung schenken.



## 5. Wirtschaft und Ethik

Wenn ich früher als Unternehmer und Parlamentarier häufig über Wirtschaft und Marktwirtschaft sprach, wurde das als selbstverständlich akzeptiert. Das war ja auch mein damaliger Job. Ein Bundesrat läuft hingegen Gefahr, der einseitigen Optik geziehen zu werden, wenn er die Marktwirtschaft ins Zentrum seiner politischen Betrachtungen stellt. Deshalb möchte ich noch einige Gedanken anfügen, die über das rein Wirtschaftliche hinausgehen.

Für mich ist Wirtschaft längst nicht alles. Aber fast alles kann nicht existieren ohne Wirtschaft. Ein Staat ohne starke Wirtschaft ist kein sozialer Staat und kein ökologischer Staat: ihm fehlen die Mittel dafür, wie sich am Beispiel Osteuropas nur allzu klar gezeigt hat. Und auch das individuelle Streben nach Selbstverwirklichung ist ohne eine gewisse wirtschaftliche Basis, die die nötigen Freiräume schafft, nicht denkbar. Umgekehrt zeigt das Malaise in unserem Land, dass Wohlstand allein die Menschen nicht zufrieden machen kann. Es bedarf der Werte, der Ziele, der Ideen, damit aus Wohlstand Wohlfahrt wird. Dem muss nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft Rechnung tragen.

-16-

Die politischen Wirbel um die Hypothekarzinsen haben eine interessante Frage aufgeworfen: Müssen Banken auf Zinserhöhungen verzichten und dabei Gewinnschmälerungen in Kauf nehmen, auch wenn die Marktlage eine Erhöhung erfordern würde, nur weil sie aus sogenannten "politischen Gründen" inopportun ist?

Ich habe Gründe, diese Frage hier nicht zu beantworten. Das Beispiel aber exemplifiziert die wichtige Grundsatzfrage, ob immer alles getan werden dürfe, was rein marktwirtschaftlich möglich wäre. Meine Antwort auf die Grundsatzfrage ist ein eindeutiges Nein!

Im Einzelfall wird die Frage allerdings unterschiedlich zu beantworten sein.

Ich habe meine feste Ueberzeugung, dass die Wirtschaft grosse Freiräume zu ihrer Entfaltung brauche, klar dargelegt. Freiheit ist in der Wirtschaft nötig. Aber Freiheit hat immer ihren Preis: die Verantwortung. Freiheit beinhaltet ja stets die Möglichkeit des Missbrauchs, sonst ist sie keine Freiheit. Jedes freiheitliche System erträgt ein gewisses Mass an Missbrauch. Wenn aber der Missbrauch eine kritische Schwelle überschreitet, entsteht sofort politischer Druck zur Einschränkung dieser Freiheit. So haben sich viele Wirtschaftsvertreter, die lautstark die Regelungsdichte beklagen, die Frage zu stellen, ob

sie diese Regeln nicht indirekt durch Missbräuche selber verursacht haben. Die Diskussion über Geldwäscherei, Konsumentenschutz oder Waffenexporte in unserem Land zeigt, wie sensibel unser System reagiert, wenn der Verdacht auf Missbräuche auftaucht. Dies ist auch völlig richtig so. Auch die Marktwirtschaft braucht deshalb ein ethisches Fundament, wenn sie überleben soll, und nicht alles, was nicht verboten ist, darf immer auch getan werden.

6. Die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft in der Schweiz

Anfangs der 80er Jahre war das Kleine Trumpf. "Small is beautiful", hiess die Devise, und der Quartierladen um die Ecke oder der Kleinbauer erfreuten sich besonderer Sympathie. Dieser noch immer fühlbaren Grundstimmung für das Ueberschaubare scheint sich nun plötzlich etwas Gegenteiliges zu überlagern, eine Art Gigantomanie, die - obwohl stets rational begründet - ihre Ursprünge letztlich im Irrationalen hat. Grösse wird gleichgesetzt mit Sicherheit, Ueberlebensfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Macht. Für viele wird sie zu einem Wert an sich. Sie empfinden sich selber grösser als Teil eines Grossen. So schliessen sich in einer Art Torschlusspanik Firmen zusammen, die es nicht nötig hätten, um ja rechtzeitig "europäische" Dimensionen zu erreichen, und ich werde den Verdacht nicht los, dass auch einige Landsleute dem EG-



-18-

Beitritt so vehement das Wort reden, weil sie die Zugehörigkeit zu einer potentiellen Weltmacht fasziniert, weil sie damit helvetischer Enge und - wenn man so sagen will - Geschichtslosigkeit entfliehen wollen.

Es ist für unsere Wirtschaftsstruktur und unser Land eine ernste Frage, ob im europäischen Binnenmarkt nur der Grosse überleben könne.

Gewiss gibt es rationale betriebswirtschaftliche Kriterien, die Hinweise darauf geben, welche Unternehmensgrösse in welcher Branche und welchem Markt ideal sei. Ein Mittelbetrieb mit 200 Beschäftigten wird kaum Flugzeuge, Automobile oder Fernsehapparate herstellen können. Die Frage, ob ein Süswarenkonzern mit mehreren Milliarden Umsatz sich wirklich an einen amerikanischen Zigarettenkonzern verkaufen müsse, um eine Zukunft zu haben, ist schon schwieriger zu beantworten.

Aber nun einmal ganz abgesehen von wirtschaftlichen Zwängen, hat die Wirtschaftsstruktur auch eine staatspolitische Bedeutung. Sie wissen, dass unsere Wirtschaftsstruktur durch Klein- und Mittelbetriebe geprägt wird. In ihnen findet der Hauptteil der Beschäftigten ihr Auskommen. Ueber 2/3 der Arbeitsplätze der Schweiz werden von mittelständischen Familienunternehmen gestellt. Man darf mit Fug behaupten, dass gerade die mittleren

-19-

und kleineren Unternehmen das eigentliche Rückgrat unserer Wirtschaft bilden.

Das hat sich interessanterweise im Verlaufe der letzten Jahrzehnte kaum verändert. Allerdings ist die durch Zahlen belegte Stabilität trügerisch. Die Wirtschaftsstrukturen haben sich nämlich in dieser Zeit sehr stark gewandelt. Ein Beispiel dafür ist das berühmte "Lädelisterberen". Dort zeigt sich, dass zahllose kleine Betriebe verschwunden, dass aber ebensoviele neue im Laufe der Jahre wieder entstanden sind. Es gibt also ein ständiges Werden und Vergehen, welches gesamt- haft die Struktur gesund erhält. Dieser harte Strukturanpassungsprozess ist für die direkt Betroffenen oft grausam, aber er ist nötig, um die Prosperität der Gesamtwirtschaft zu erhalten.

Ich meine nun, dass nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen Rahmenbedingungen zu schaffen sind, welche der mittelständischen Wirtschaft genügend Lebensraum bieten und ihr genügend Freiraum für wirtschaftliches Handeln verschaffen. Der Grund dafür ist offensichtlich. Kleine und mittlere Unternehmen sind nicht nur für die Volkswirtschaft, sondern auch für eine ausgewogene Gesellschaftsstruktur von existentieller Bedeutung. Sie passen fugenlos in unser

-20-

genossenschaftliches, auf der direkten Demokratie fussendes Staatswesen. Sie sind im Volk verwurzelt. Dort, wo der Unternehmer seine Mitarbeiter kennt, ist die "Société anonyme" nicht eine anonyme und unpersönliche Grösse. Unternehmer und Mitarbeiter sind in einem gemeinsamen Anliegen eng verbunden. Die Mitarbeiter erhalten auch einen guten Ueberblick über das betriebliche Geschehen, was ihren Sinn für wirtschaftliche Zusammenhänge schärft, und ich meine, dass das in einem Land, wo alle Bürger immer wieder über wirtschaftspolitische Probleme an der Urne entscheiden müssen, von grosser staatspolitischer Bedeutung ist. Die Nähe zu den Mitarbeitern und die Uberschaubarkeit des Betriebs sind eine wertvolle Voraussetzung für unsern Arbeitsfrieden in allen Bereichen der Wirtschaft.

Die mittelständischen Unternehmen sind in der Schweiz über das ganze Land verstreut und nicht nur im "goldenen Wirtschaftsdreieck" zusammengeballt. Sie bilden nicht nur das wirtschaftliche Rückgrat des Landes, sondern eben auch vieler Regionen. Die Verwurzelung des Unternehmers in der Gemeinde, in der Region und im Kanton spielt für unseren staatlichen Aufbau eine zentrale Rolle. Die Organisation unserer staatlichen Körperschaften stützt sich in vielen Bereichen auf die Milizfunktionen ab. Unsere Wirtschaft bietet hier Behörden, Parlament und Kommissionen eine wichtige Unterstützung.



Diese mittelständischen Unternehmen bedürfen keiner besonderen staatlichen Förderung, sofern die Rahmenbedingungen richtig sind. Solange sie anpassungsfähiger, wendiger und leistungsfähiger sind als Grossbetriebe, solange sie ihre spezifischen Werte zum Wettbewerbsvorteil weiterentwickeln können, solange sie sich auf das konzentrieren, was sie besser können als alle anderen, brauchen wir uns um ihre Zukunft keine Sorgen zu machen. Sie bringen auch ein grosses Innovationspotential mit, aber man muss ihnen die Möglichkeit geben, es zu entwickeln.

Was ich von der Bändigung der Wirtschaftsmacht durch die Marktwirtschaft gesagt habe, trifft natürlich nur zu, wenn nicht wenige grosse Unternehmen oligopolistisch oder gar monopolistisch die Wirtschaft dominieren. Eine zu stark konzentrierte Wirtschaft verliert ihre demokratische Legitimation. Hier eröffnet sich gerade auch im EG-Binnenmarkt ein Problempotential, das mit seinen politischen Auswirkungen meines Erachtens noch nicht erschöpfend ausdiskutiert worden ist.

## 7. Schlussfolgerungen

Ich komme zu Schluss. Staat und Wirtschaft sind nicht Gegensätze. Beide sind aufeinander angewiesen; der Staat auf eine leistungsfähige Wirtschaft, damit er seinerseits die von ihm erwarteten Leistungen erbringen kann; die Wirtschaft auf einen leistungsfähigen, aber auch freiheitlich-liberalen Staat, damit sie sich entfalten und die Grundlagen für unsere gemeinsame Wohlfahrt erarbeiten kann.

Die Rollen beider Seiten haben sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Der Staat wurde vom Ordnungsstaat zum Leistungsstaat. Er erfüllt Aufgaben, etwa bei der Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur, im Umweltschutz, in der Gesundheitsvorsorge, bei der Alterssicherung usw., die eine eminente wirtschaftliche Bedeutung haben. Dabei tritt er als Anbieter von Leistungen in Bereichen auf, in denen auch die Wirtschaft tätig ist. Wichtig ist, dass er dies nicht als Konkurrent, sondern als Partner tut. Es muss vermieden werden, dass der Staat Aufgaben übernimmt, welche die Wirtschaft besser erfüllen könnte.

Andererseits ist zu fordern, dass man sich auch auf seiten der Wirtschaft wieder vermehrt auf die staatspolitische Verantwortung besinnt, die jedes wirtschaftliche Handeln erfordert.

Auch die Wirtschaft überlebt langfristig nur, wenn es gelingt, die politische und soziale Stabilität in unserem Lande zu erhalten. Nur dann haben wir Gewähr, dass der Schweizer überdurchschnittlich leistungsfähig und einsatzbereit bleibt und dass er sich damit jenen Vorsprung verschafft, der im internationalen Wettbewerb für unser Land immer schon entscheidend wichtig war. Zu den Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften gehört der gesellschaftspolitische Zusammenhalt. Wir müssen unsere Kraft und Energie dafür einsetzen, Probleme in konstruktiver Zusammenarbeit zu lösen, nicht uns in langwierigen Macht- und Verteilungskämpfen aufzureiben. Es wäre ein gefährlicher Trugschluss, wenn unsere Wirtschaft meinte, dies seien politische Fragen, die sie nichts angingen, es sei nicht weiter wichtig, welche Kräfte in unserem Land das Sagen haben. Wirtschaftliches und staatspolitisches Handeln gehen Hand in Hand. Deshalb macht mir der unpolitische Manager Sorgen, dessen einziges staatspolitisches Handeln sich auf gelegentliches Schimpfen über Regierung und Politiker beschränkt. Er schätzt die Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft längerfristig falsch ein!



-24-

Wir leben in einem Umfeld, wo die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat immer wichtiger wird. Denken wir nur daran, dass der Staat im Begriff ist, in Verhandlungen mit der EG und mit dem GATT die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit in vielen Bereichen neu festzulegen. Hier ist gemeinsames Handeln, sind gemeinsame Problemlösungen gefragt. Hier muss die Sachkompetenz aller direkt und indirekt Beteiligten fruchtbar gemacht werden. Wohl auf keinem anderen Gebiet sind staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte je so eng miteinander verwoben gewesen wie bei der Frage, wie unser künftiges Verhältnis zu Europa geregelt werden soll. Dies setzt auf seiten der Wirtschaft ein grosses Vertrauen in unseren Staat voraus, dass die Verhandlungen gut geführt werden, und der Staat muss seinerseits darauf bauen können, dass die Wirtschaft Verständnis dafür aufbringt, dass unser Verhältnis zu Europa nicht nur unter kommerziellen, sondern gesamtgesellschaftlichen und staatspolitischen Aspekten beurteilt und entsprechend geregelt werden muss. Wir haben hier, Staat und Wirtschaft, eine grosse, gemeinsame Aufgabe zu lösen. Packen wir sie gemeinsam an!